

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **09.07.2020** im Veranstaltungszentrum StadtHaus, Sorgenser Str. 31, 31303 Burgdorf

18.WP/Rat/029

Beginn öffentlicher Teil: 18:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 20:04 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: Ratsvorsitzende

Weilert-Penk, Christa

1. stellv. Bürgermeister

Paul, Matthias

2. stellv. Bürgermeisterin

Heller, Simone

Ratsherren/-frauen

Alker, Sonja
Apel, Robert
Birgin, Gurbet
Braun, Hartmut
Braun, Jens
Dralle, Karl-Heinz
Dreeskornfeld, Thomas
Fleischmann, Michael
Frick, Anne
Gersemann, Christiane
Gottschalk, Niklas
Hinz, Arne
Hinz, Gerald
Kaefer, Volkhard, Dr.
Kirstein, Lukas
Knauer, Detlef
Köneke, Klaus
Meinig, Birgit
Meyer, Andreas
Morch, Hans-Dieter
Neitzel, Beate
Nijenhof, Rüdiger
Plaß, Barthold
Schrader, Karl-Ludwig
Schulz, Kurt-Ulrich
Sieke, Oliver
Sund, Björn
Zschoch, Mirco

Verwaltung

Kattler, Sebastian
Kugel, Michael
Raue, Nicole
Vierke, Silke

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 28.05.2020 und 02.06.2020
3. Ehrungen
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
5. Finanzierung von straßenbaulichen Maßnahmen - Straßenausbaubeitragssatzung
Vorlage: BV 2020 1225
 - 5.1. Finanzierung von straßenbaulichen Maßnahmen - Straßenausbaubeitragssatzung
hier: Verrentungsrichtlinie der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2020 1225/1
 - 5.2. Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung - Antrag der FDP, Herrn Dreeskornfeld vom 21.07.2018
Vorlage: A 2018 0654
 - 5.3. Straßenausbaubeiträge für Eigenheimbesitzer/innen mit kleinem Budgets abschaffen, ohne Erhöhung der Grundsteuer; Antrag des Herrn Fleischmann, DIE LINKE vom 10.08.2018
Vorlage: A 2018 0665
 - 5.4. Antrag der "Freie Demokraten" Ortsverband FDP Burgdorf-Uetze zur Beauftragung einer Firma für die Erstellung eines Straßenkataster für Burgdorf einschließlich Ortsteile -abgesetzt-
Vorlage: A 2019 1015
6. Änderung der Satzung für die Kindertagesstätten in der Stadt Burgdorf zur Einführung einer Sommerschließzeit in den Kindertagesstätten in Trägerschaft der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2020 1203
 - 6.1. Änderung der Satzung für die Kindertagesstätten in der Stadt Burgdorf zur Einführung einer Sommerschließzeit in den Kindertagesstätten in Trägerschaft der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2020 1203/1
7. Antrag der Fraktion Freie Burgdorfer im Rat der Stadt Burgdorf vom 26.04.2019 zur Anmietung von Kindertagesstätten in Modularbauweise
Vorlage: A 2019 0915
 - 7.1. Antrag der Fraktion Freie Burgdorfer im Rat der Stadt Burgdorf vom 26.04.2019 zur Anmietung von Kindertagesstätten in Modularbauweise
Vorlage: BV 2019 0915/1
8. Kindertagesstätten in Modularbauweise - Ergänzungsantrag der Gruppe SPD - B'90/Die Grünen - WGS - Freie Burgdorfer im Rat der Stadt Burgdorf vom 26.06.2020
Vorlage: A 2020 1323

9. 62. Änderung des Flächennutzungsplans - Feststellungsbeschluss
Bezugsvorlagen: BV 2019 1009, BV 2019 1009/1, BV 2020 1158
Vorlage: BV 2020 1267
10. Bebauungsplan Nr. 4-06 "Feuerwehr Schillerslage" - Satzungsbeschluss (gem. § 10 Abs. 1 BauGB)
Bezugsvorlagen: BV 2019 1010, BV 2020 1157
Vorlage: BV 2020 1268
11. Satzung für die Nutzung von Notbetreuungsangeboten im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes innerhalb der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2020 1301
- 11.1. Satzung für die Nutzung von Notbetreuungsangeboten im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes innerhalb der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2020 1301/1
12. Unterbringung von Asylbewerbern/innen - Entgeltordnung
Wohnanlage hinter FTZ
Vorlage: BV 2020 1306
13. Unterbringung von Asylbewerbern/innen und Flüchtlingen in der Stadt Burgdorf;
Satzungsrecht
Vorlage: BV 2020 1307
14. Beratende Mitgliedschaft des Seniorenrates Burgdorf im Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau
Vorlage: BV 2020 1293
15. Einrichtung einer saisonalen Fußgängerzone - Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.11.2018 -abgesetzt-
Vorlage: A 2018 0779
16. Nachnutzung des ehemaligen Realschulgebäudes "Vor dem Celler Tor" / Städtebauliches Entwicklungskonzept für den Bereich der ehemaligen Hauptschule und der Grundschule; gemeinsamer Antrag gemäß Geschäftsordnung der Fraktionen WGS und FreieBurgdorfer vom 02.06.2020
Vorlage: A 2020 1289
17. Antrag der FDP-Fraktion im Rat: Verstärkung des Teams "Wirtschaftsförderung" in der Verwaltung ab 2021
Vorlage: A 2020 1317
18. Erfassung von Kindertagespflegeeinrichtungen auf der Internetseite der Stadt Burgdorf und Einbindung ins Kita-online-Anmeldeverfahren, Antrag gem. Geschäftsordnung der Fraktion Freie Burgdorfer vom 25.06.2020
Vorlage: A 2020 1322
19. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

Die gestellten Fragen sind dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Frau Weilert-Penk eröffnete die Sitzung um 18:03 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Für die heutige Sitzung hätten sich Herr Pollehn, Frau Perkun, Frau Heyna und Herr Lentz entschuldigt. Sie gratulierte allen Ratsmitgliedern, die seit der letzten Ratsitzung Geburtstag hatten. **Frau Weilert-Penk** bat darum, folgende Tagesordnungspunkte abzusetzen:

1) Absetzung des Tagesordnungspunktes 5.4:

Antrag der "Freie Demokraten" Ortsverband FDP Burgdorf-Uetze zur Beauftragung einer Firma für die Erstellung eines Straßenkatasters für Burgdorf einschließlich Ortsteile
Vorlage: A 2019 1015"

Im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr ist eine erneute Beratung in der nächsten Ausschusssitzung vorgesehen. Vor diesem Hintergrund wurde dieser TOP auch in der VA-Sitzung am 07.07.2020 abgesetzt.

2) Absetzung des Tagesordnungspunktes 15:

„Einrichtung einer saisonalen Fußgängerzone - Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.11.2018
Vorlage: A 2018 0779"

Der TOP wurde in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 02.07.2020 und im Anschluss in der VA-Sitzung am 07.07.2020 zurückgestellt.

Herr Nijenhof bat darum, die Tagesordnungspunkte 7, 7. und 8 gemeinsam zu beraten

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in der veränderten Fassung genehmigt.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 28.05.2020 und 02.06.2020

Der Rat fasste bei 24 Ja-Stimmen und sieben Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Das Ratsprotokoll über die Sitzung vom 28.05.2020 wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

Der Rat fasste bei 22 Ja-Stimmen und neun Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Das Ratsprotokoll über die Sitzung vom 02.6.2020 wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

3. Ehrungen

Herr Paul gratulierte Herrn Dralle und dessen Frau zu deren Goldenen Hochzeit.

Herr Dralle bedankte sich für die Glückwünsche.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es gab keine Mitteilungen.

**5. Finanzierung von straßenbaulichen Maßnahmen - Straßenausbaubeitragssatzung
Vorlage: BV 2020 1225**

Die Tagesordnungspunkte 5, 5.1, 5.2 und 5.3 wurden zusammen behandelt.

**5.1. Finanzierung von straßenbaulichen Maßnahmen - Straßenausbaubeitragssatzung
hier: Verrentungsrichtlinie der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2020 1225/1**

Die Tagesordnungspunkte 5, 5.1, 5.2 und 5.3 wurden zusammen behandelt.

**5.2. Aufhebung der Straßenausbaubeitragsatzung - Antrag der FDP, Herrn Dreeskornfeld vom 21.07.2018
Vorlage: A 2018 0654**

Die Tagesordnungspunkte 5, 5.1, 5.2 und 5.3 wurden zusammen behandelt.

**5.3. Straßenausbaubeiträge für Eigenheimbesitzer/innen mit kleinem Budgets abschaffen, ohne Erhöhung der Grundsteuer; Antrag des Herrn Fleischmann, DIE LINKE vom 10.08.2018
Vorlage: A 2018 0665**

Herr G. Hinz erklärte, dass er eine Finanzierung anstehender Straßensanierungen über die Grundsteuer für nicht sinnvoll erachte. Die damit einhergehende Steuerumlagerung sei mit einem hohen Aufwand verbunden. Die bereits etablierte Straßenausbaubeitragsatzung sollte beibehalten werden, da sie eine zweckgebundene Nutzung der Beiträge vorsehe. Bei einer Finanzierung der Straßensanierung über die Grundsteuer könne der Zweck gegebenenfalls im Laufe der Jahre geändert werden. Gleichwohl halte er eine rechtzeitige Information der Bürgerinnen und Bürger bei anstehenden Straßensanierungen für sinnvoll. **Herr G. Hinz** teilte mit, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Herr Fleischmann erklärte, dass er eine sozialverträgliche Änderung der Straßenausbaubeiträge für sinnvoll halte. Daher habe er seinen Antrag A 2018 0665 dahingehend geändert, dass der Straßenausbaubeitrag ins Grundbuch eingetragen und erst beim Verkauf des Hauses fällig werde. Verkauften Erbinnen und Erben das Haus nicht, sondern zögen selbst dort ein, werde der Grundbucheintrag fällig. Bei Erbinnen und Erben, die Transferleistungsbezieher seien, würde eine sozialverträgliche Lösung gefunden. Mit seiner vorgeschlagenen Lösung bekomme die Stadt Burgdorf das Geld für die Straßensanierung und/oder den Straßenausbau, ohne dass dafür die Grundsteuer oder die Erschließungskosten stiegen, und zugleich würden soziale Härten vermieden. **Herr Fleischmann** kritisierte den Lösungsvorschlag der FDP, die Grundsteuer zu erhöhen, um Straßensanierungen zu finanzieren. Damit werde eine soziale Härte nicht vermieden, sondern das Problem lediglich verlagert.

Herr Dreeskornfeld stellte in Zweifel, dass Bürgerinnen und Bürger durch eine Mitteilung der Fälligkeit der Straßenausbaubeiträge ein Jahr im Voraus, wie von Herrn Hinz vorgeschlagen, genügend Rücklagen gebildet hätten. Er befürworte die Einführung eines Straßenkatasters. Dies ermögliche eine transparente Darstellung über anstehende Straßensanierungen. Die bisherige Veröffentlichung im Haushalt sei wenig transparent und aussagekräftig. **Herr Dreeskornfeld** bat darum, über seinen Antrag zuerst abstimmen zu lassen.

Herr Nijenhof erklärte, dass wiederkehrende Beiträge mit viel Aufwand verbunden seien und zudem eine Belastung für die Bürgerinnen und Bürger darstellten. Dennoch halte er eine Abschaffung der Straßenausbaubeitragsatzung für nicht sinnvoll, da er befürchte, dass ein etwaiger Beschluss durch die Kommunalaufsicht rückgängig gemacht werde. Seiner Meinung nach sollte das Land Niedersachsen die Straßenausbaubeiträge federführend regeln. **Herr Nijenhof** kritisierte Herrn Fleischmanns kurzfristig einge-

brachten Änderungsantrag, da er sich vorher habe einbringen können. Er halte den Antrag für wenig praktikabel und möglicherweise hinsichtlich der Inhalte für nicht rechtssicher.

Herr Köneke teilte mit, dass er die von Herrn Fleischmann vorgeschlagene Alternative für nicht praktikabel halte. Burgdorf könne sich eine Abschaffung der Straßenausbaubeitragsatzung finanziell nicht leisten. Die CDU-Fraktion werde die Beschlussvorlage unterstützen.

Herr G. Hinz verwies darauf, dass Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit hätten, die Beiträge über einen Zeitraum von 20 Jahren zurückzuzahlen. Dadurch sei die finanzielle Belastung gering.

Frau Weilert-Penk ließ über die Ablehnung des Antrags der FDP vom 27.07.2018 (Vorlage A 2018 0654) abstimmen.

Der Rat fasste bei 27 Ja-Stimmen und vier Nein-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Antrag der FDP vom 27.07.2018 (Vorlage A 2018 0654) wird abgelehnt.

Der Rat fasste bei 27 Ja-Stimmen und vier Nein-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. In der Stadt Burgdorf werden weiterhin (einmalige) Straßenausbaubeiträge nach § 6 Nieders. Kommunalabgabengesetz (NKAG) erhoben. Es erfolgt keine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge.**
- 2. Ergänzende Bestimmungen für Beiträge für Verkehrsanlagen gemäß § 6 b NKAG werden in die Straßenausbaubeitragsatzung eingearbeitet. Die entsprechende Änderung der Straßenausbaubeitragsatzung, wie in Anlage A dargestellt, wird beschlossen.**
- 3. Der Antrag der FDP vom 27.07.2018 (Vorlage A 2018 0654) sowie der Antrag von Herrn Fleischmann in der Fassung des Änderungsantrages vom 09.07.2020 (Vorlage A 2018 0665) werden abgelehnt.**

Der Rat fasste bei 29 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Die Richtlinie zur Verrentung von Straßenausbaubeiträgen gemäß § Abs. 4 des Nieders. Kommunalabgabengesetz (NKAG) wird wie vorgelegt beschlossen.

- 5.4. Antrag der "Freie Demokraten" Ortsverband FDP Burgdorf-Uetze zur Beauftragung einer Firma für die Erstellung eines Straßenkataster für Burgdorf einschließlich Ortsteile -abgesetzt-
Vorlage: A 2019 1015**
-

6. Änderung der Satzung für die Kindertagesstätten in der Stadt Burgdorf zur Einführung einer Sommerschließzeit in den Kindertagesstätten in Trägerschaft der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2020 1203

Die Tagesordnungspunkte 6 und 6.1 wurden zusammen behandelt.

6.1. Änderung der Satzung für die Kindertagesstätten in der Stadt Burgdorf zur Einführung einer Sommerschließzeit in den Kindertagesstätten in Trägerschaft der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2020 1203/1

Frau Meinig erklärte, dass für Kinder gleichbleibende Bezugspersonen von großer Bedeutung seien. Hierfür sei eine Kontinuität in der Betreuung wichtig. Eine Sommerschließzeit ermögliche es den Erzieherinnen und Erziehern zur gleichen Zeit Urlaub zu nehmen. Dies würde auch die erforderliche Kontinuität in der Betreuung verbessern. Darüber hinaus würde durch eine Sommerschließzeit die Attraktivität der Springerstellen gesteigert. Zumal es in den Nachbarkommunen eine solche bereits gebe. **Frau Meinig** verwies darauf, dass auch Kinder ein Anrecht auf Urlaub hätten. Dies werde mit der Schließzeit von zwei Wochen gewährleistet. Gleichwohl biete die Stadt Burgdorf mit der „Sommerkita“ eine Betreuung für Eltern an, denen es nicht möglich sei in dem Zeitraum der Schließzeit Urlaub zu nehmen. **Frau Meinig** stellte die Repräsentativität der Umfrage des Stadtkitabeirates zur Sommerschließzeit in Frage, da diese nicht alle Kindertageseinrichtungen berücksichtige. Grundsätzlich befürworte sie den Beginn der Sommerschließzeit 2022, um genügend Vorlauf zu ermöglichen. Nach drei Jahren solle es dann eine Evaluation geben, um die Stimmungslage zu ermitteln. **Frau Meinig** beantragte eine geheime Abstimmung zur Beschlussvorlage.

Herr Fleischmann erklärte, dass eine gute Kinderbetreuung wichtig sei. Die Stadt habe sich in den vergangenen Jahren hoch verschuldet. Mit der Sommerschließzeit werde nun aber zu Lasten der Kinder gespart. Er werde der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Herr Zschoch teilte mit, dass die CDU/FDP-Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde. Er äußerte sein Bedauern über die geheime Abstimmung. Er habe sich eine transparentere Abstimmungsform gewünscht. Darüber hinaus halte er die von Frau Meinig vorgetragene Zahlen für nicht seriös. Diese seien kein Beleg dafür, dass über den beobachteten Zeitraum eine Vielzahl an Kindern keinen Urlaub haben realisieren können. Eine Übertragung auf alle Kindertageseinrichtungen halte er für nicht angebracht, da die angeführte Untersuchung nicht alle Kindertageseinrichtungen sowie einen nicht repräsentativen Zeitraum berücksichtigen würde. Er unterstütze, dass dem Elternwillen, der eine Ablehnung der Sommerschließzeit beinhalte, Gewicht gegeben werde.

Herr Nijenhof erklärte, dass er den Beginn der Sommerschließzeit 2022 so hinnehme. Für ihn seien die pädagogischen Aspekte, die im Kontext der Einführung einer Sommerschließzeit genannt wurden, entscheidend. Die mögliche finanzielle Einsparung halte er für Makulatur. **Herr Nijenhof** stellte die Einführung einer Schließzeit in Frage. Seiner Meinung nach verringere diese die Attraktivität aller Erzieherstellen außer den Springerstellen. Darüber hinaus sei die Datengrundlage, sprich die von Frau Meinig aufgeführte Untersuchung, als

auch die durch den Stadtkitabeirat vorgenommene Befragung pädagogischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, unzureichend. **Herr Nijenhof** schlug vor, eine Schließzeit in Abstimmung der Eltern und des Personals der Kindertageseinrichtungen zu vereinbaren. Aus seiner Sicht sei es bei einem solchen Vorgehen nicht erforderlich, eine Satzung für die Regelung der Sommerschließzeit aufzustellen. Die Bereitstellung einer Sommerbetreuung sei für die Verwaltung grundsätzlich verpflichtend und gesetzlich vorgeschrieben. Die Fraktion Freie Burgdorfer werde gegen die Einführung einer Sommerschließzeit stimmen.

Herr G. Hinz hob die pädagogische Bedeutung der Einführung einer Sommerschließzeit hervor. Bei einer Ablehnung der Beschlussvorlage gingen der Stadt Burgdorf 90.000 Euro verloren, die in die Kinderbetreuung investiert werden könnten. Die SPD-Fraktion werde für die Einführung einer Sommerschließzeit stimmen.

Herr Dreeskornfeld kritisierte, dass die Sommerschließzeit Eltern in ihrer Urlaubplanung einschränke und für diese hohe Kosten verursache, da in der Haupturlaubszeit gebucht werden müsse.

Frau Gersemann appellierte an die Ratsmitglieder, mit der Zustimmung zur Beschlussvorlage den Kindern die notwendige 14 Tage Urlaub am Stück zu ermöglichen.

Herr Fleischmann erklärte, dass er gegen die Beschlussvorlage stimmen werde, da er diese für ein reines Mittel zur Konsolidierung des Haushaltes halte.

Frau Weilert-Penk ließ über die Abhaltung einer geheimen Abstimmung der Beschlussvorlage abstimmen.

Die geheime Abstimmung wurde mit 19 Ja-Stimmen und zwölf Nein-Stimmen beschlossen.

Anschließend beauftragte **Frau Weilert-Penk** Herrn A. Hinz, Herrn Meyer und Herrn Nijenhof mit der Auszählung der Stimmen.

Der Rat fasste bei 17 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt, die 2. Satzung zur Änderung der Satzung für die Kindertagesstätten in der Stadt Burgdorf vom 24.08.2017 in der sich aus der Anlage der Vorlage BV 2020 1203/1 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage B beigefügten) Fassung zu erlassen.

Nach der Abstimmung unterbrach **Frau Weilert-Penk** zum Lüften des Stadthauses von 19:32 Uhr bis 19:43 Uhr die Sitzung.

**7. Antrag der Fraktion Freie Burgdorfer im Rat der Stadt Burgdorf vom 26.04.2019 zur Anmietung von Kindertagesstätten in Modularbauweise
Vorlage: A 2019 0915**

Die Tagesordnungspunkte 7, 7.1 und 8 wurden zusammen behandelt.

- 7.1. Antrag der Fraktion Freie Burgdorfer im Rat der Stadt Burgdorf vom 26.04.2019 zur Anmietung von Kindertagesstätten in Modularbauweise**
Vorlage: BV 2019 0915/1
-

Die Tagesordnungspunkte 7, 7.1 und 8 wurden zusammen behandelt.

- 8. Kindertagesstätten in Modularbauweise - Ergänzungsantrag der Gruppe SPD - B'90/Die Grünen - WGS - Freie Burgdorfer im Rat der Stadt Burgdorf vom 26.06.2020**
Vorlage: A 2020 1323
-

Der Rat fasste bei 20 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1.) In die Kindertagesstättenplanung wird eine Kindertagesstätte aufgenommen, für die die Stadt Burgdorf selbst die Trägerschaft übernimmt.**
- 2.) Die Planungen für die an der Sylter Straße vorgesehene Kindertagesstätte werden schnellstmöglich aufgenommen und vorangetrieben. Zudem wird unverzüglich die Trägersuche durch Einleitung des entsprechenden Verfahrens begonnen. Der Bau der Kindertagesstätte soll - je nachdem was schneller und wirtschaftlicher zu realisieren ist – ggf. durch einen Bauträger oder einen freien Träger der Jugendhilfe durchgeführt werden.**
- 3.) Die Stadt Burgdorf treibt die Verhandlungen und Planungen zur KiTa „Aue Süd“ voran.**
- 4.) Das sich als eigenständige Säule der Kinderbetreuung in Burgdorf bewährte System der Kindertagespflegestellen wird gestärkt und das Angebot ausgeweitet.**
- 5.) Für weitere notwendige KiTas werden Planungen und ggf. Verhandlungen aufgenommen und nach Vorlage der Kindertagesstättenbedarfsplanung entsprechend angepasst.**

Der zuständige Ausschuss für Jugendhilfe und Familie wird regelmäßig über die Umsetzung dieser Punkte informiert.

9. **62. Änderung des Flächennutzungsplans - Feststellungsbeschluss**
Bezugsvorlagen: BV 2019 1009, BV 2019 1009/1, BV 2020 1158
Vorlage: BV 2020 1267
-

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

- A. Von den Ergebnissen der in der Begründung in Kapitel V.2 wiedergegebenen Beteiligungsverfahren**
- **Der in der Zeit vom 28.10. bis 11.11.2019 durchgeführten frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB,**
 - **Der mit Schreiben vom 02.10.2019 durchgeführten frühzeitigen Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB,**
 - **Der in der Zeit vom 02.03. bis 03.04.2020 durchgeführten öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie**
 - **Der mit Schreiben vom 21.02.2020 durchgeführten Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB**
- wird Kenntnis genommen. Die in der Begründung in Kapitel V.2 beschriebenen Abwägungsvorgänge werden beschlossen.**

und

- B. Feststellungsbeschluss: Die 62. Änderung des Flächennutzungsplans in der Fassung vom 15.05.2020 sowie beiliegende Begründung werden nach Prüfung der Bedenken und Anregungen beschlossen.**

10. **Bebauungsplan Nr. 4-06 "Feuerwehr Schillerslage" - Satzungsbeschluss (gem. § 10 Abs. 1 BauGB)**
Bezugsvorlagen: BV 2019 1010, BV 2020 1157
Vorlage: BV 2020 1268
-

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

- A) Von den Ergebnissen der in der Begründung in Kapitel V.2 wiedergegebenen Beteiligungsverfahren**
- **Der in der Zeit vom 28.10. bis 11.11.2019 durchgeführten frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB,**
 - **Der mit Schreiben vom 02.10.2019 durchgeführten frühzeitigen Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB,**
 - **Der in der Zeit vom 02.03. bis 03.04.2020 durchgeführten öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie**
 - **Der mit Schreiben vom 21.02.2020 durchgeführten Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB**

wird Kenntnis genommen. Die in der Begründung in Kapitel V.2 beschriebenen Abwägungsvorgänge werden beschlossen.

und

B) Satzungsbeschluss:

Der Bebauungsplan 4-06 „Feuerwehr Schillerslage“ wird unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beteiligungsverfahren und der Ergebnisse der Umweltprüfung in der Fassung vom 15.05.2020 als Satzung sowie die Begründung in der Fassung vom 15.05.2020 beschlossen.

**11. Satzung für die Nutzung von Notbetreuungsangeboten im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes innerhalb der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2020 1301**

Die Tagesordnungspunkte 11 und 11.1 wurden zusammen behandelt.

**11.1. Satzung für die Nutzung von Notbetreuungsangeboten im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes innerhalb der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2020 1301/1**

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt die „Satzung für die Nutzung von Notbetreuungsangeboten im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes innerhalb der Stadt Burgdorf“ in der sich aus der Anlage der Vorlage BV 2020 1301/1 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage C beigefügten) Fassung.

**12. Unterbringung von Asylbewerbern/innen - Entgeltordnung
Wohnanlage hinter FTZ
Vorlage: BV 2020 1306**

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

- a) Von der als Anlage 2 beigefügten Kalkulation der Entgelte für die Benutzung der Unterkunft „Vor dem Celler Tor 51 (Östlich FTZ)“ für Asylbewerber/innen und Flüchtlinge in der Stadt Burgdorf wird Kenntnis genommen.
- b) Die dieser Vorlage als Anlage D und dem Originalprotokoll beigefügte „3. Änderung der Entgeltordnung für die Benutzung der Unterkunft „Vor dem Celler Tor 51 (Östlich FTZ)“ in Burgdorf wird beschlossen.

13. **Unterbringung von Asylbewerbern/innen und Flüchtlingen in der Stadt Burgdorf; Satzungsrecht
Vorlage: BV 2020 1307**
-

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

- a) Von der als Anlage 2 beigefügten Kalkulation der Gebühren für die Benutzung der Unterkünfte Friederikenstr. 43, 43a, Friederikenstr. 29 (Container) sowie Am Kieswerk 2 (Sorgenser Dreieck) für Asylbewerber/innen und Flüchtlinge in der Stadt Burgdorf wird Kenntnis genommen.
- b) Die dieser Vorlage als Anlage E und dem Originalprotokoll beigefügte „5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Unterkünfte für Asylbewerber/innen und Flüchtlinge in der Stadt Burgdorf“ wird beschlossen.

14. **Beratende Mitgliedschaft des Seniorenrates Burgdorf im Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau
Vorlage: BV 2020 1293**
-

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Ausschussbesetzung des Seniorenrates für Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau wird wie folgt neu festgestellt:

| | | |
|-----------------------------|----------------------------|-----------------------|
| Beratendes Mitglied: | Marie-Luise Brandes | (keine Veränderung) |
| Stellv. Mitglied | Burkhard Timm | (vorher: Monika Lass) |

Die Zusammensetzung des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau ist dem Protokoll als Anlage 2 beigefügt.

15. **Einrichtung einer saisonalen Fußgängerzone - Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.11.2018 -abgesetzt-
Vorlage: A 2018 0779**
-

16. **Nachnutzung des ehemaligen Realschulgebäudes "Vor dem Celler Tor" / Städtebauliches Entwicklungskonzept für den Bereich der ehemaligen Hauptschule und der Grundschule; gemeinsamer Antrag gemäß Geschäftsordnung der Fraktionen WGS und FreieBurgdorfer vom 02.06.2020
Vorlage: A 2020 1289**

Herr Dr. Kaefer trug den Antrag der Fraktionen vor. Er schlug vor, von der Stadt Burgdorf eine Nachnutzung des ehemaligen Realschulgebäudes durch die Grundschule an der Gartenstraße/Hannoverschen Neustadt prüfen zu lassen. Weiterhin bat er darum, den Antrag in den Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport sowie in den Ausschuss für Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau zu überweisen.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Antrag A 2020 1289 „Nachnutzung des ehemaligen Realschulgebäudes "Vor dem Celler Tor" / Städtebauliches Entwicklungskonzept für den Bereich der ehemaligen Hauptschule und der Grundschule“ der Fraktionen WGS und Freie Burgdorfer wird in den Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport und in den Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau überwiesen.

- 17. Antrag der FDP-Fraktion im Rat: Verstärkung des Teams "Wirtschaftsförderung" in der Verwaltung ab 2021
Vorlage: A 2020 1317**
-

Herr Dreeskornfeld trug den Antrag der FDP-Fraktion vor. Er halte eine zusätzliche Stelle im Bereich der Wirtschaftsförderung für sinnvoll, um die Ansiedlung von Gewerbebetrieben und Vermarktung von Gewerbegebieten zu verbessern. Die finanzielle Situation der Stadt Burgdorf erfordere es, mehr Unternehmen mit nennenswerten Gewerbesteuerbeträgen für eine Niederlassung in Burgdorf zu gewinnen. Dafür brauche die Wirtschaftsförderung auch ein eigenes Budget. **Herr Dreeskornfeld** bat darum, den Antrag in den Ausschuss für Haushalt, Finanzen u. Verwaltungsangelegenheiten sowie in den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften u. Verkehr zu überweisen.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Antrag A 2020 1317 „Verstärkung des Teams ‚Wirtschaftsförderung‘ der FDP-Fraktion wird in den Ausschuss für Haushalt, Finanzen u. Verwaltungsangelegenheiten und den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften u. Verkehr überwiesen.

- 18. Erfassung von Kindertagespflegeeinrichtungen auf der Internetseite der Stadt Burgdorf und Einbindung ins Kita-online-Anmeldeverfahren, Antrag gem. Geschäftsordnung der Fraktion Freie Burgdorfer vom 25.06.2020
Vorlage: A 2020 1322**
-

Herr Nijenhof trug den Antrag seiner Fraktion vor. Mit diesem solle der Kindertagespflege der gleiche Stellenwert zukommen wie den Kindertageseinrichtungen. Er bat darum, den Antrag in den Ausschuss für Jugendhilfe und Familie zu überweisen.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Antrag A 2020 1322 „Erfassung von Kindertagespflegeeinrichtungen auf der Internetseite der Stadt Burgdorf und Einbindung ins Kita-Online-Anmeldeverfahren“ der Fraktion Freie Burgdorfer wird in den Ausschuss für Jugendhilfe und Familie überwiesen.

19. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Herr Fleischmann kritisierte, dass er kein Rederecht in Ausschüssen, in denen er kein Mitglied sei, habe.

Frau Vierke verwies auf § 23, Absatz 6 „Verfahren in den Ausschüssen“, der Geschäftsordnung. Dort heißt es:

„Die Ratsmitglieder sind berechtigt, bei allen Sitzungen der Ausschüsse des Rates zuzuhören. Wird in einer Ausschusssitzung ein Antrag beraten, den ein Ratsmitglied gestellt hat, das dem Ausschuss nicht angehört, so hat dieses Ratsmitglied das Recht, sich an der Beratung zu diesem Antrag zu beteiligen. Der oder die Ausschussvorsitzende muss in diesem Fall dem nicht zum Ausschuss gehörenden Ratsmitglied das Wort erteilen. In allen übrigen Fällen kann der oder die Ausschussvorsitzende einem nicht zum Ausschuss gehörenden Ratsmitglied das Wort erteilen“.

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzende

Protokollführer